

Kriegsopfer brauchen mehr Solidarität Deutsche Minderheiten in der Ukraine und in Russland einbeziehen

Zum Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine erklärt der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius:

Heute vor einem Jahr wurde die Ukraine von Russland, ihrem Nachbarland, überfallen. Damit begann etwas, das sich kurz zuvor nur die Wenigsten überhaupt vorstellen konnten.

Fast acht Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen furchtbaren Verbrechen gibt es seitdem wieder einen Krieg in Europa. Die Welle mitmenschlicher und staatlicher Solidarität mit der Ukraine und ihren Bewohnern war und ist beeindruckend, und es ist wichtig, dass sie anhält, solange Hilfe benötigt wird.

Deutsche Minderheiten in der Ukraine und in der Russischen Föderation nicht vergessen!

An diesem Jahrestag gilt es, auch diejenigen Opfer dieses Krieges in den Blick zu nehmen, die nicht immer im Lichte der Öffentlichkeit stehen.

Die deutsche Minderheit in der Ukraine hat bereits frühzeitig ihre Heimatverbundenheit bewiesen und gemeinsam mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und den Selbstorganisationen der Deutschen in den Nachbarstaaten des Kriegsgebietes – etwa Polen, Rumänien, der Slowakei oder Ungarn – Hilfen für ihre Mitbürger organisiert. Grenzüberschreitende Kontakte und Sprachkenntnisse wurden genutzt, um auch mit deutscher Unterstützung humanitäre Brücken zu errichten.

BdV fordert erneut eine Korrektur der übermäßig restriktiven Aufnahmepolitik für Spätaussiedler dieser Bundesregierung

Alleingelassen vom deutschen Staat fühlen sich jedoch viele aus den Reihen der Deutschen in der Ukraine, die sich in Deutschland oder anderen Ländern vor dem Krieg in Sicherheit bringen wollen oder müssen. Sie befürchten, dass der längere kriegsbedingte Aufenthalt außerhalb ihres Heimatlandes dazu führt, dass sie gesetzlich vorgesehene Aufnahmemöglichkeiten, als Spätaussiedler in die Heimat ihrer Vorfahren – nach Deutschland – kommen zu können, für immer verlieren.

Andere wiederum, die gerade jetzt als Spätaussiedler nach Deutschland kommen wollen, werden abgelehnt, weil deutsche Behörden ihnen heute in schmerzhafter Geschichtsvergessenheit zur Last legen, dass sie sich zu Zeiten des kommunistischen Unrechts nicht ausreichend gegen die repressive Minderheitenpolitik der Sowjets gewehrt und sich nicht als Deutsche bekannt hätten.

Dies betrifft im Übrigen auch die deutschen Minderheiten in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Dabei bedürfen gerade die Deutschen in der Russischen Föderation besonderer Aufmerksamkeit, weil sie dort, in ihrer Heimat, vermehrt als „Nazis“

24. Februar 2023

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Hauptstadtvertretung:
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Pressestelle:
Telefon +49 (0) 228 81007-28/-26
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



oder „Spione“ diffamiert werden und deswegen mehr Unterstützung benötigen.

Auch die deutschen Minderheiten zählen zu den Kriegsoffern und brauchen in dieser Zeit mehr staatliche Solidarität und unbürokratische Lösungen aus Deutschland für ihre Anliegen. Es ist gut, dass die Bundesregierung hier jetzt offenbar Handlungsbedarf erkannt hat.